

V0428/22

Integrationsförderung

-Ergänzungsantrag zu V0155/22/1 der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 09.05.2022-

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit und des Ausschusses für Verwaltung, Personal und Recht vom 24.05.2022

Der Antrag der Verwaltung V0155/22/1, der Änderungsantrag der FW-Stadtratsfraktion V0247/22 und die Ergänzungsanträge der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0426/22, V0427/22, V0428/22, V0429/22 und V0430/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Herr Engert merkt an, dass es sich um eine weitreichende Sitzungsvorlage handelt, welche bereits intensiv im Jugendhilfeausschuss behandelt worden sei. Dabei verweist er auf gravierenden Personalmangel. Allerdings sei die Aussage der Landkreise, dass das Personal knapp sei, nicht für Ingolstadt zutreffend. Denn in Ingolstadt fehle das Personal in massivster Weise in vielen Einrichtungen. Das führe sogar soweit, dass in Mailing die dreigruppige Kita nicht eröffnet werden könne. Auch freie Träger teilen für das kommende Kindergartenjahr mit, dass sie keine Kinder aufnehmen können, weil das Personal fehle. Weiter weist Herr Engert auf die dazu ergriffenen Maßnahmen hin. Er betont, dass man sich hier an die Regierung und den Freistaat gewendet habe, um bestimmte Angebote wie eine kostenlose Ausbildung für Kinderpfleger und Erzieher zu schaffen. Weiter verweist er auf die Anhebung der Bezahlung der Erzieherinnen im ersten Jahr von 600 auf 800 Euro. Auch werde für die Erzieherausbildung PIA durchgeführt. Die dafür angebotenen 15 Plätze seien nicht vollständig belegt. Weiter setzt man auf die Ausbildung von Sozialassistenten. Die Kosten für die Weiterqualifizierung der Kinderpflegerinnen werden komplett seitens der Stadt getragen. All dies biete die Stadt bereits für die Mitarbeiter an. Darüber hinaus werden Wohnung angeboten und auch über ausländische Agenturen geworben. Herr Engert verweist auf eine neu entwickelte Werbekampagne. Nach seinen Worten gebe es viele Argumente für und gegen eine Arbeitsmarktzulage. Er habe sich bereits vor einigen Jahren dagegen ausgesprochen. Inzwischen habe sich die Situation aber geändert. Die Zulage habe zwei wesentliche Ziele. Eines sei, die Absolventen der Erzieherinnen und Pflegerinnen bevorzugt für die Stadt Ingolstadt zu gewinnen. Das zweite Ziel sei, möglichst die Mitarbeiter trotz der schwierigen Situation in den Einrichtungen zu halten. Denn auf dem Land sei die Situation eine deutlich andere. In der Stadt habe man einen hohen Druck in der Einrichtung. Diese seien übervoll und haben lange Öffnungszeiten. Auch seien die Lebenshaltungskosten in der Stadt höher. Um dieser Situation zu begegnen, glaubt Herr Engert, dass die Arbeitsmarktzulage ein wichtiges Instrument sei.

Stadträtin Bulling-Schröter verweist auf die Zusatzanträge der Stadtratsgruppe DIE LINKE. Weiter informiert sie über Gespräche mit Betroffenen. Das Geld sei wichtig, aber es bedürfe auch guter Arbeitsbedingungen, sodass man nicht kaputt aus dem Beruf gehe. Stadträtin Bulling-Schröter erwarte sowohl vom Bund als auch vom Land, dass diese mehr Geld in die Pipeline geben. Weiter verweist sie auf den gestellten Antrag hinsichtlich der Erweiterung der Arbeitsgruppe. Ihres Erachtens bestehe dieser Kreis hauptsächlich aus Leuten der Verwaltung. Sie regt an, weitere Personen zu beteiligen. Im Hinblick auf das Cluster regt sie eine Befragung der Beschäftigten an. Wenn die Leute nicht zufrieden seien, dann gingen diese. Weiter verweist sie auf den gestellten Antrag im Hinblick auf die Ausbildungsförderung. Hier seien einige Förderungen notwendig. Dabei geht sie auf das VGI-Ticket und die Wohnungen ein. Es sei klar, dass Förderungen Geld kosten, aber zu

großer Zufriedenheit und Gleichstellung führen. Wenn mehr Männer diesen Beruf ausüben würden, wäre ihres Erachtens die Bezahlung besser. Es sei klar, dass der Stadthaushalt überlastet sei, aber sie finde, dass Kinder das wert sein müssten. Hier gehe es um die Zukunft der Kinder.

Herr Engert merkt an, dass die gestellten Anträge der Stadtratsgruppe DIE LINKE einer Prüfung bedürfen. Im Hinblick auf den kurzfristigen Eingang regt er an, diese im nächsten Sitzungslauf zu behandeln. Weiter weist er darauf hin, dass diese im Jugendhilfeausschuss beraten werden müssen, da hier die freien Träger dabei seien. Insofern sichert er eine Beratung im nächsten Sitzungslauf zu.

Auf die Anfrage von Stadträtin Bulling-Schröter, wie die Arbeitsmarktzulage verrechnet werde, informiert Herr Engert, dass diese vom aktuellen Gehalt berechnet werde. Wenn das Gehalt steige, steige dadurch auch die Zulage.

Herr Kuch weist darauf hin, dass sich durch den aktuellen Tarifabschluss die Tarifentgelte nicht ändern, sondern zum normalen tariflichen Entgelt feste Zulagen gewährt werden, welche ausdrücklich keinen Einfluss auf die Höhe der Arbeitsmarktzulage haben. Diese bleibe in ihrer Höhe von diesem aktuellen Abschluss unverändert. Ergänzend zu den Zahlen in den Unterlagen der Tarifabschlüsse im Kitabereich für das Jahr 2023 gebe es einen zusätzlichen Aufschlag von Personalausgaben von 1,1 Mio. Euro.

Wenn es eine Tarifsteigerung gebe, führe diese selbstverständlich auch bei der Arbeitsmarktzulage zu einer Steigerung, so Herr Engert.

Das Thema Arbeitsmarktzulage sei ähnlich wie das Klimaschutzkonzept zu betrachten, so Stadtrat De Lapuente. Es helfe nichts, wenn dies gut ausgearbeitet sei und dann tod diskutiert werde. In Corona-Zeiten seien die Beschäftigten in allen Bereichen bejubelt worden und wenn es konkret werde und Geld koste, dann werde wieder diskutiert. Hier gehe es nicht nur darum, den Beschäftigten etwas Gutes zu tun, sondern auch darum, dass die städtischen Kindergärten wieder funktionieren und genügend Personal vorhanden sei. Stadtrat De Lapuente merkt an, dass es auch darum gehe, das Personal zu halten. Im Hinblick auf die Mietenwicklung in Ingolstadt sei diese Arbeitsmarktzulage sinnvoll. Die SPD-Stadtratsfraktion spricht sich für die Arbeitsmarktzulage aus.

Das Personal in den Kitas wünsche sich mehr Kollegen, dies sei der Kern des Problems, so Stadträtin Leininger. Nichts schade dem Image und diesem Beruf so sehr wie das Ausbrennen und die Überlastung. Bei der Ausübung dieses Berufes könne man von Berufung sprechen. Die Personalknappheit schade diesem Beruf am meisten. Der Antrag der FW-Stadtratsfraktion beschreibe die Situation sehr genau. Nur werden ganz andere Schlüsse daraus gezogen. Man sei hier am Ende mit all den Maßnahmen, welche alle in Summe auch richtig seien. Der Beruf sei aber anstrengend und verglichen zu anderen nicht gut genug bezahlt. Insofern spricht sich die Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für diese Arbeitsmarktzulage aus. Bei dieser Diskussion dürften das Personal und auch die Bildung der nächsten Generation nicht vergessen werden.

Stadträtin Mayr sagt, sie könne ihrer Vorrednerin nicht widersprechen. Das wichtigste Amt des Pädagogen sei, dafür Sorge zu tragen, dass die nächste Generation gut auf den Weg des Lebens gebracht werde. Aber Stadträtin Mayr erinnert an die vor gut eineinhalb Jahren eingeführte Willkommensprämie, die ihres Erachtens nicht gebracht habe. Sie bemängelt, dass das eigene Jugendamt Mitarbeiter aus den Kitas abwerbe. Das Problem sei, dass die fertig ausgebildeten Erzieherinnen zum Studieren gehen. Dies sei nicht Sinn und Zweck der Sache. Auch werde man in den Nachbarkommunen die Leute sehr wohl abwerben und zum Wechseln bringen. Insbesondere die Mitarbeiter, welche außerhalb wohnen und in Ingolstadt arbeiten. Stadträtin Mayr stimme gegen die Arbeitsmarktzulage, lasse sich aber gerne überzeugen. Im Hinblick auf die hohen Kosten von 13,5 Mio. Euro in drei Jahren sehe sie den Bau einer Fachakademie für Kinderpflegerinnen als sinnvoller an.

Stadtrat Rehm merkt an, dass die AfD-Stadtratsfraktion mit der Vorlage nicht zufrieden sei. Sie halte nicht 10 Prozent, sondern 15 Prozent für die Arbeitsmarktzulage als angemessen. Im Hinblick auf die deutlich höhere Inflation einer Großstadt wie Ingolstadt sei dieser Anreiz zu gering. Es sei klar, dass dies nur Symptome seien, da dies nicht auf kommunaler Ebene ausgefochten werde. Dies gehe alles vom Bund aus. Dabei verweist er auf den Rechtsanspruch für Eltern auf einen Kitaplatz. Die Kommune sei hier in der Pflicht und müsse handeln ohne großen Spielraum zu haben. Wichtig sei der AfD-Stadtratsfraktion, die Arbeitsmarktzulage auf vier Jahre zu begrenzen, sodass in der nächsten Legislatur eine Evaluation gemacht und neu darüber entschieden werden könne.

Das Thema sei ein ernstes und extrem wichtiges für die Aufgabe in der Gesellschaft, so Stadtrat Schäuble. Die Frage sei, was das beste Instrument sei, um das Geld richtig einzusetzen und die Knappheit zu beheben. Das größte Problem seien die Arbeitsbedingungen. Bei der Problembeschreibung bestehe Einigkeit. Er glaube auch, dass im Bereich Ausbildung zu lange weggeschaut worden sei. Beim Thema medizinische Versorgung schreite man als Region 10 zusammen voran und wolle auch zusammen etwas verbessern. Es sei klar, dass es Unterschiede zwischen dem ländlichen und dem städtischen Raum gebe. Mit der Arbeitsmarktzulage werden keine neuen Ausbildungsplätze geschaffen. Somit werde das Problem nicht an der Wurzel gepackt. Die FDP sei dafür, dass jeder Azubi eine tarifliche Bezahlung erhalte. Es müsse dafür Sorge getragen werden, dass dort Werbung gemacht und der Beruf bekannt gemacht werde. Seines Erachtens werde das Geld am sinnvollsten eingesetzt, wenn man dies massiv in die Ausbildung investiere. Der Erziehermangel sei kein neues Phänomen. Die Ausbildung müsse attraktiver gestaltet werden. Da dies seit vielen Jahren nicht getan werde, kommen man in die Mangelsituation, welche immer schlimmer werde. Wenn die Arbeitsmarktzulage dieses Problem beheben würde, spreche er sich dafür aus. Das glaube er aber nicht, denn dieses Problem werde nur in der Region 10 verlagert.

An Stadträtin Mayr gewandt sagt Stadtrat Schlagbauer, dass das Personal wechsele, weil Menschen sich weiterentwickeln wollen. Das Geld bekommen die, die es auch benötigen. Man habe hier einen öffentlichen Auftrag, welcher erfüllt werden müsse. Es bestehe die Verpflichtung den Familien gegenüber und daraus ergebe sich ein Versprechen. Dieses Versprechen einer familienfreundlichen Stadt, wo die Familien ein Betreuungsangebot erhalten, aber auch das Personal zu Konditionen und guten Bedingungen arbeiten könne. Dies sei die Aufgabe der Stadt. All die angesprochenen Punkte müssen tatsächlich umgesetzt werden. Auch die Anträge der Stadtratsgruppe DIE LINKE seien zu begrüßen. Diese Arbeitsmarktzulage sei für Stadtrat Schlagbauer die Ultima Ratio. Er sei kein Freund davon in die Sozialpartnerschaft einzugreifen, denn dies sei nicht das richtige Mittel. Aber er sehe keine andere Chance, um das Versprechen einzulösen. Insofern sei die Arbeitsmarktzulage die Antwort auf den Personalmangel.

Stadtrat Grob schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Schäuble an. Er verweist auf geführte Gespräche mit dem Landrat von Eichstätt und dem Bürgermeister von Manching. In der Analyse seien sich alle einig. In der Region 10 werden Erzieher und Kinderpfleger benötigt. Es werde nicht einmal als Desaster gewertet, wenn anstatt einer staatl. anerkannten Erzieherin ein Sozialpädagoge eingestellt werde. Stadtrat Grob glaube, dass die Tendenz dorthin gehe, diese für Kitaleitungen zu beschäftigen. Entsprechend dessen werde auch die Lohnspirale nach oben gedreht. Stadtrat Grob ist davon überzeugt, dass die Erhöhung der Arbeitsmarktzulage im Grunde nur als „Fangreiz“ zum Fischen in umliegenden Gemeinden verwendet werde. Diese werden dann auch diese Zulage einführen. Insofern sei das Ganze hoch unsolidarisch. Wenn nun bei den Kliniken und beim VGI und in vielen anderen Bereichen eine regionale Zusammenarbeit gewünscht sei, dann dürfe diese nicht an der Stadtgrenze aufhören. Seiner Meinung nach werde diese Prämie, auch wenn diese als Ultima Ratio bezeichnet worden sei, ins Leere laufen. Es stehe außer Frage, die Wohnungsförderung zu unterstützen. Städtische Wohnungen müssten günstiger vergeben

werden, um für soziale Berufe und auch für Pflegeberufe Anreize zu schaffen. Auch über die VGI können solche Ausbildungsanreize geschaffen werden. Die Basis, aus der geschöpft werde, müsse breiter aufgestellt werden. Nach Worten von Stadtrat Grob werde diese Arbeitsmarktzulage verpuffen. Es müsse ein Anreiz geschaffen werden, dass viel mehr Menschen, auch Männer, den Beruf des Erziehers ergreifen, um so mittelfristig und seriös an das Problem rangehen zu können. Die CSU-Stadtratsfraktion werde nicht für die Arbeitsmarktzulage stimmen, sei aber bei allen anderen Anreizen im Hinblick auf die Ausbildungsförderung mit dabei.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf verweist auf die erhebliche Problematik der fehlenden Fachkräfte, um die Kitas zu betreiben. Die Problematik werde sich im Hinblick auf den Rechtsanspruch ab dem Jahr 2026 im Grundschulbereich mit Ganztagesbetreuung noch verschärfen. Das Stichwort Ultima Ratio sei bereits gefallen. Das Ganze habe auch einen wirtschaftlichen Aspekt. Fehlende Betreuungsplätze habe auch zur Folge, dass Väter und Mütter unter Umständen nicht oder nur beschränkt in den Beruf zurückkehren können. Dies habe angesichts der Fachkräftemisere deutliche Auswirkungen. Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass nicht nur Ingolstadt solche Instrumente heranziehe. Dabei verweist er auf Gespräche mit seinen Landratskollegen, welche im Pflegebereich bei allen drei Kreiskliniken einen Anreiz mit einem Prämiensystem für Pflegekräfte schaffen. Im Klinikum Ingolstadt habe man dies nicht. Insofern macht Oberbürgermeister Dr. Scharpf deutlich, dass jeder seine Probleme und Herausforderungen zu lösen habe. Es müsse versucht werden, einen Notstand zu beseitigen. Richtig sei, dass die Problematik bereits bei der Ausbildung beginne. Es sei ein unhaltbarer Zustand, dass hier ein Schulgeld bezahlt werden müsse. Parteiübergreifend sei man übereinstimmend mit den Landräten so verblieben, ein gemeinsames Schreiben an den Staatsminister zu verfassen, um dies auf Freistaatebene zu korrigieren. Ansonsten werde man dieses Problem nicht in den Griff bekommen. Es könne nicht die Lösung sein, dass Kommunen in den nächsten Jahren verzweifelte Schritte gehen müssen. Oberbürgermeister Dr. Scharpf sei auch kein Freund dieser Zulage. Man müsse aber zu anderen Rahmenbedingungen kommen und politischen Druck machen.

Für Stadtrat Wittmann stelle sich die Frage, warum die Stadt nicht das Schulgeld übernehme. Dies sei eine Maßnahme, mit der er sofort mitgehen könne, sie helfe denjenigen, die Bereitschaft gezeigt haben, diesen Beruf zu erlernen. Es dürfe nicht immer betont werden, wie schlimm dieser Beruf sei. Dies führe dazu, dass junge Leute diesen Beruf nicht mehr ausüben wollen. Stadtrat Wittmann halte von dieser Arbeitsmarktzulage nichts, weil seines Erachtens dabei nichts rauskomme. Dies koste eine Menge Geld, welches woanders besser eingesetzt werden könne. Jeder Ansatz, der dazu beitrage, das Problem zu lösen solle unterstützt werden. Auch sehe Stadtrat Wittmann es als schwierig an, die Zulage in der neuen Legislatur wieder abzuschaffen. Weiter weist er darauf hin, wenn die Ingolstädter Pflegekräfte etwas nicht bekommen, was in anderen Krankenhäusern gewährleistet sei, dann sei es höchste Zeit, dies zu beschließen. Das Geld müsse ganz klar richtig eingesetzt werden.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Antrag der FW-Stadtratsfraktion V0247/22:

Herr Engert informiert, dass die Ziffer 1 mit dem Hauptantrag entschieden werde.

1. Die Zahlung einer übertariflichen Arbeitsmarktzulage für pädagogische Fach- und Ergänzungskräfte wird grundsätzlich abgelehnt.

Herr Engert informiert, dass für die pädagogischen Kräfte die Kosten übernommen werden. Insofern sei die Ziffer 2 erfüllt.

2. Durch die Stadt Ingolstadt werden für die pädagogischen Kräfte die weiteren Kosten für Anmeldegebühren, Prüfungsgebühren und Materialkosten übernommen.

Herr Engert verweist auf die Erhöhung der Vergütung im ersten Jahr von 600 auf 800 Euro. Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE, eine Erhöhung auf 1.000 Euro durchzuführen, werde im nächsten Sitzungslauf im Jugendhilfeausschuss diskutiert. Die Vergütung für das vierte Ausbildungsjahr sei tariflich festgelegt. Davon könne nicht abgewichen werden. Herr Engert weist aber darauf hin, dass, wenn man so agiere wie die Stadt München, die Stelle der Berufspraktikantin als eine Pflegerinnenstelle eingestuft werden. Insofern erfolgt dann auch die Bezahlung wie bei einer Pflegerin. D. h. man müsse dann auf dieser Pflegerstelle mitarbeiten. Es sei bekannt, dass die Praktikanten Freiräume für das Erlernen des Berufes benötigen. Herr Engert sichert hier eine Diskussion im Jugendhilfeausschuss zu.

3. Im Sozialpädagogischen Einführungsjahr und im Berufspraktikum werden wettbewerbsfähige Vergütungen festgesetzt und bezahlt.

Nach den Worten von Herrn Engert handelt es sich hier um außertarifliche Leistungen, welche alle städtischen Mitarbeiter erhalten. Es sei rechtlich ziemlich schwierig für Erzieherinnen, davon abzuweichen. Bei der Wohnungsraumsuche sei die Stadt sowieso behilflich. Insofern sehe Herr Engert die Antragsziffer 4 als erfüllt.

4. Für die in Ingolstadt tätigen Fachkräfte werden zusätzliche Anreize – wie beispielsweise Bonuspunkte bei der Wohnraumsuche, vergünstigte Tarife für die Nutzung der Tiefgaragen und des ÖPNV – eingerichtet.

Abstimmung über den mündlichen Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion, die Arbeitsmarktzulage von 10 auf 15 Prozent zu erhöhen:

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:
Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0155/22/1**:

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit:
Der Antrag wird mehrheitlich befürwortet.

Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht:
Der Antrag wird mehrheitlich befürwortet.

Die Ergänzungsanträge der Stadtratsgruppe DIE LINKE **V0426/22, V0427/22, V0428/22, V0429/22 und V0430/22** werden im nächsten Sitzungslauf behandelt.

